

Kriegsversehrte organisieren sich

Wie zahlreiche andere Punkte der Friedensabkommen, sind auch weite Teile der Übereinkünfte bezüglich Demobilisierung und Integration der ehemaligen Guerilla-KämpferInnen ins Zivilleben von der Regierung nicht umgesetzt worden. Eine Gruppe Demobilisierter hat es besonders schwer: Die Kriegsversehrten mit anhaltenden physischen und psychischen Behinderungen. 1999 griffen kriegsversehrte ehemalige Guerilla-KämpferInnen zur Selbsthilfe und gründeten die *Asociación Guatemalteca de Personas con Discapacidad* (AGPD) "Manuel Tot". Der selbstverwaltete Verband will soziale Prozesse vorantreiben und unterstützen, die auf die physische und psychische Rehabilitation sowie die gesellschaftliche Reintegration der einstigen Guerilleros und Guerilleras hinauslaufen. Der folgende Artikel beruht auf einem Text, den die AGPD "Manuel Tot" speziell für den ¡Fijáte! geschrieben hat. Er wurde ergänzt mit Angaben aus dem Projektbeschreibung der *Centrale Sanitaire Suisse*, welche die AGPD massgeblich unterstützt.

Nach Ende des bewaffneten Konflikts, der über drei Jahrzehnte dauerte, realisierte das guatemaltekische Gesundheitsministerium in Zusammenarbeit mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen die "Diagnose über die durch den Krieg bedingten behinderten Personen in Guatemala". Darin werden 1841 Fälle aufgezählt, die dem Kriterium "KriegsversehrteR" entsprechen. Dabei wurden sowohl die Kriegsversehrten der ehemaligen Guerilla, des Militärs aber auch der Zivilbevölkerung mitgezählt. Organisationen, die mit kriegsversehrten Personen arbeiten, sprechen aber von einer viel höheren Anzahl. Diese unterschiedlichen Statistiken hängen davon ab, wie weit man den Begriff 'kriegsversehrt' fasst.

Nach Kriegsende gehörten die Kriegsversehrten vorerst zu denjenigen demobilisierten Guerilleros und Guerilleras, die von der eigens dafür gegründeten Stiftung Guillermo Toriello (FGT) bei ihrer Eingliederung ins zivile Leben unterstützt werden sollten. Angesichts des bürokratischen Verwaltungsapparates und der hierarchischen Strukturen innerhalb der FGT, fühlten sich die Kriegsversehrten darin kaum vertreten. Nach einigen internen Auseinandersetzungen, die zu keiner Verbesserung führten, gründeten sie schliesslich ihre eigene Organisation, die *Asociación Guatemalteca de Personas con Discapacidad* (AGPD) "Manuel Tot". Darin sind sowohl ehemalige KämpferInnen wie auch kriegsversehrte ZivillistInnen organisiert.

Der Name Manuel Tot, auf den sich die Organisation bezieht, wurde gewählt, um den Freiheitskämpfer und Studenten der Rechtswissenschaften, Manuel Tot, zu ehren. Ursprünglich aus Alta Verapaz, rebellierte Tot im Jahre 1813 gegen die Ausbeutung, den Rassismus und die Unterdrückung, die sein Volk unter der spanischen Krone zu erleiden hatte, wofür er verfolgt und gefoltert wurde. Die AGPD identifiziert sich mit Manuel Tot, weil er für soziale Veränderungen und für die Menschenrechte gekämpft hat und weil er Indígena war.

Gegenwärtig zählt die AGPD 800 Mitglieder, die in 16 Departementen des Landes leben. Neben der konkreten Hilfe, die den Mitgliedern der Organisation angeboten

wird, arbeitet die AGPD auch auf gesellschaftspolitischer Ebene gegen die stereotypen Bilder, die ein Grossteil der Bevölkerung von 'behinderten' Personen hat. Die AGPD kämpft dafür, dass Menschen mit Behinderungen nicht als Personen 'ohne Fähigkeiten' abgetan werden, sondern als Personen 'mit anderen Fähigkeiten' respektiert werden. Sie kämpft für die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gleichstellung behinderter Personen im öffentlichen Leben. Diese Anerkennung zu erreichen ist nicht einfach, handelt es sich doch bei der Mehrheit der Mitglieder von AGPD nicht um irgendwelche Behinderte, sondern um hauptsächlich indigene, ehemalige KämpferInnen der URNG, was ihr Stigma gleich verdoppelt bzw. verdreifacht.

Die Integration in ihre Herkunftsgemeinden gestaltet sich für die Kriegsversehrten äusserst schwierig. Als sie damals ihre Familien und ihre Dörfer verliessen und sich der URNG anschlossen, waren sie Menschen ohne Behinderung. Nachdem sie im Krieg verletzt wurden, lebten sie je nachdem in den Flüchtlingslagern in Mexiko, in den Widerstandsdörfern oder zusammen mit anderen intern Vertriebenen. Sie haben ihren Lebensrhythmus unterbrochen und konnten vielfach ihre kulturellen Traditionen nicht weiterleben. Auch jetzt, vier Jahren nach der Friedensunterzeichnung, haben es die Kriegsversehrten nicht geschafft, sich in die Gesellschaft einzugliedern. Dies einerseits mangels Programmen, die ihnen helfen, ihre psychologischen Traumata zu überwinden und ihre körperliche Rehabilitation zu beschleunigen. Dazu kommt aber auch die oben erwähnte Diskriminierung seitens der guatemaltekischen Gesellschaft.

Um auf die realen Bedürfnisse der Mitglieder eingehen zu können, führte die AGPD 'Manuel Tot' zunächst eine Erhebung zur sozioökonomischen Situation und der gesundheitlichen und psychischen Verfassung der Betroffenen in den zwei vom Krieg am stärksten betroffenen Departementen Quiché und Alta Verapaz durch. Zu erwartendes Fazit: Der Krieg hat nicht

nur bei der Zivilbevölkerung, sondern auch bei den ehemaligen KämpferInnen der URNG neben körperlichen schwere emotionale Wunden hinterlassen. Viele Kriegsversehrte haben physische Verletzungen, Amputationen und Knochenbrüche, zusätzlich zum verbreiteten Verlust eines oder beider Augen oder des Gehörs. Bei einer grossen Anzahl Untersuchter wurde eine Indikation für chirurgische Eingriffe festgestellt: Viele Betroffene leiden unter Knochenverformungen, da die medizinische Versorgung im Krieg, die verfügbaren Prothesen oder andere Hilfsmittel nicht angemessen waren. Andere sind ganz oder halbseitig gelähmt und benötigen einen Rollstuhl.

Gegenwärtig ist die ACPD 'Manuel Tot' in folgenden Programmen und Aktivitäten tätig:

Psychologisch: Im Rahmen von viertägigen Besuchen in den Gemeinden finden Zusammenkünfte von Betroffenen und ihrer Angehörigen mit einer Psychotherapeutin statt. In Selbsthilfegruppen werden Personen zusammengefasst, deren Problematik ein spezifischeres Vorgehen verlangt (Frauen, Personen mit psychosomatischen Krankheiten). In Arbeitsgruppen werden Themen behandelt, die für die gesamte Gemeinde von Bedeutung sind: innerfamiliäre Gewalt, Menschenrechte, Aufarbeitung der Geschichte.

Physisch: Es werden genaue Abklärungen zu den spezifischen Leiden der Betroffenen gemacht. Die Organisation übernimmt die Kosten für

chirurgische Eingriffe in fünfzig als prioritär eingestuften Fällen und gewährleistet die physiotherapeutische Rehabilitation und die Versorgung mit den benötigten Medikamenten. Ausserdem werden GesundheitspromotorInnen in den Gemeinden ausgebildet.

Politisch/kulturell: Veranstaltung von Sportanlässen und Zusammenkünften. Austausch und Zusammenarbeit mit anderen Behindertenverbänden, Menschenrechtsgruppen und Organisationen demobilisierter, kriegsversehrter Armeemitglieder.

Die Koordination der Betreuung von praktisch über das gesamte nationale Territorium verstreut lebenden Ex-Guerilla-KämpferInnen und der Kontakt mit Spitälern und andern Institutionen verlangt eine intensive Reisetätigkeit der elf - selbst kriegsversehrten - KoordinatorInnen von AGPD. Vielfach sind nur die Gemeindehauptorte, nicht aber die ländlichen, teils sehr abgelegenen und schlecht zugänglichen Siedlungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Dies hat leider zur Folge, dass sich AGPD gezwungen sah, ihre Tätigkeiten räumlich einzuschränken. Das Hochland rund um Quetzaltenango wird von ihnen nicht besucht, weshalb sich dort unterdessen eine eigenständige Organisation kriegsverletzter Ex-KämpferInnen gebildet hat.

Die Zusammenarbeit mit Volksorganisationen, Menschenrechtsgruppen und Nichtregierungsorganisationen gestaltet sich oftmals schwierig, da behinderte Menschen für sie we-

der ein "Schwerpunktthema" noch eine "Zielgruppe" sind. Um so wichtiger ist es der AGPD, nicht in ein paternalistisches Abhängigkeitsverhältnis zu den bestehenden, meist karitativen Behindertenorganisationen zu geraten. Institutionen, die in diesem Bereich arbeiten, sind oft ausschliessend, d.h., sie arbeiten bis zu einem gewissen Punkt kommerziell und wer nicht bezahlen kann, wird nicht behandelt. (Einen ziemlichen Skandal löste im März dieses Jahres die Meldung aus, die durch eine jährlich stattfindende Fernsehaktion, die sog. *Teleton*, begünstigte Behindertenorganisation FUNDABIEM verfüge über Millionenbeträge, die auf den Banken angelegt seien, anstatt dass sie für humanitäre Zwecke eingesetzt werden. d. Red.)

Auch die Regierung räumt den Forderungen der Behinderten keine Priorität ein. Im Gesundheitsministerium gibt es keine Abteilung, die sich speziell den Bedürfnissen behinderter Menschen annimmt.

Es gibt auch keine städtebaulichen Pläne für die Abschaffung architektonischer Barrieren. Für die AGPD ist es wichtig, Druck auszuüben auf die Ministerien, die für die Umsetzung der in den Friedensabkommen festgesetzten Vereinbarungen zuständig sind. Dabei haben sie speziell das Gesundheits- und das Arbeitsministerium im Visier. Ihr Ziel ist es, konkrete Vorschläge auszuarbeiten, die sich auf die guatemalteckische Verfassung und die Friedensabkommen abstützen.

Uneinigkeit über Versöhnungskommission

Guatemala, 9. Juli. Aufgrund der Proteste von rund dreissig Menschenrechtsorganisationen gegen die per Regierungsdekret geschaffene *Kommission für Frieden und Versöhnung* (siehe ¡Fijáte! 239) versprach die Kultur- und Sportministerin, Otilia Lux de Cotí, eine Änderung des Dekretes. Kritisiert wurde, dass die Aufgaben der Kommission nicht den Empfehlungen der Wahrheitskommission (CEH) entsprächen, konkret wurde derjenige Paragraph bemängelt, der die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft und der Regierung definiert.

Die Menschenrechtsorganisationen geben sich mit dem Versprechen Lux de Cotí's, übrigens selber ehemaliges Mitglied der Wahrheitskommission, aber nicht zufrieden. Laut Ruth del Valle, Mitglied der Allianz gegen Straffreiheit (ACI), geht es nicht darum, einzelne Paragraphen zu ändern, sondern die Aufgaben der Kommission für *Frieden und Versöhnung* grundsätzlich neu zu defi-

nieren. Als einen wichtigen Punkt sieht del Valle dabei die Frage nach der Autonomie und der Finanzierung der Kommission, beides Voraussetzungen für ein unabhängiges Funktionieren der Kommission.

Solange die Kommission nur per Dekret eingeführt werde und es kein entsprechendes Gesetz dazu gebe, würde sie von den Institutionen und der Bevölkerung nicht ernst genommen, meinte Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM). Ein entsprechender Gesetzesentwurf sei von den Menschenrechtsorganisationen bereits 1999 eingereicht worden.

Selbst Orlando Blanco, Direktor der staatlichen Menschenrechtskommission (CODEHGUA) stimmt mit den Volkorganisationen überein: Auch mit den von Ministerin Lux de Cortí angekündigten Änderungen erfülle das Dekret nicht die Empfehlungen der Wahrheitskommission, erklärte er.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Ausnahmezustand verlängert

Guatemala, 19. Juli. Mit dem Argument, es seien immer noch 42 der insgesamt 78 aus dem Hochsicherheitsgefängnis "Canada" ausgebrochenen Häftlinge flüchtig, verlängerte Präsident Portillo den Ausnahmezustand um einen weiteren Monat. Die drei Verfassungsrechte bezüglich der Bewegungsfreiheit der BürgerInnen, bleiben weiterhin ausser Kraft.

Dieser Entscheid Portillos wird sowohl von der Opposition im Kongress wie auch von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen kritisiert. Hinter der Massnahme steckten mehr politische Interessen als die Sorge um die nationale Sicherheit. Mit der Verlängerung des Ausnahmezustandes versuche die Regierung, die DemonstrantInnen gegen die geplante Steuererhöhung abzuschrecken, bzw. ein mögliches hartes Durchgrei-

fen gegen diese Proteste zu legitimieren, lautete die Kritik.

Daran, dass jetzt noch geflohene Häftlinge verhaftet werden, glaubt niemand mehr. Diejenigen, die bisher eingefangen werden konnten, seien solche, die unvorbereitet und eher zufällig an der Flucht teilgenommen hätten, schreibt die Journalistin Laura E. Asturias in einer Kolumne. Diejenigen aber, die den ganzen Ausbruch geplant hätten und über die Mittel verfügten, das Gefängnispersonal zu bestechen, hätten auch die Mittel und Beziehungen, um ihr 'ziviles Leben' nach der Flucht vorzubereiten und seien wohl längst ausserhalb des Landes. Wer glaubte, die Einschränkung der BürgerInnenrechte trage zur Verhaftung der geflohenen Häftlinge bei, habe sich geirrt, schreibt Asturias weiter. Dafür sei einmal mehr

die Ineffizienz der Polizei bewiesen und auch der vielgelobte, landesweite Militäreinsatz habe daran nichts ändern können. Der einzige Effekt sei gewesen, dass durch diese Show die Kritik am Innenminister und den Sicherheitskräften überdeckt worden seien, kommt Asturias zum Schluss.

Der Zustand der Unsicherheit und Gewalt konnte durch die Ausrufung des Ausnahmezustandes nicht entschärft werden. Beweise dafür sind beispielsweise die Ermordung des Kooperativisten Doming Us Quixán in Santa María Tzejá, der Überfall auf 37 Familien in Los Cimientos, die Zerstörung eines Denkmals für die Opfer der Repression in Cuerto Pueblo, der Überfall auf die *Banco La Republica* in der Hauptstadt, bei dem drei Personen verletzt und rund 550'000 US-\$ erbeutet wurden.

Ausnahmezustand beeinträchtigt Tourismus

Guatemala, 20. Juli. Das Klima der Angst und Unsicherheit, verstärkt durch die Massenflucht der 78 Häftlinge und die Verhängung des Ausnahmezustandes, schlägt sich in einem spürbaren Rückgang der ausländischen TouristInnen nieder. Mexiko, El Salvador, Honduras und Costa Rica haben die Kontrollen an den Grenzübergängen verschärft.

Verschiedene Länder, darunter die Vereinigten Staaten, warnen ihre Landsleute vor einem Aufenthalt in Guatemala. Reisebüros und Fluggesellschaften verweisen auf ihren Internetseiten zwar auf die Naturwunder Guatemalas, raten ihren KundInnen jedoch von einem Besuch derselben ab. Solche Warnungen sind zwar nicht neu, aber sie sind auch nicht sehr förderlich für den Tourismus in einem Land wie Guatemala, das anlässlich

der prekären wirtschaftlichen Situation grosse Hoffnung in die Tourismusindustrie steckt.

Die Aufgabe des Institut für Tourismus (INGUAT) war und ist es, Guatemala im Ausland als ein Land der kulturellen und ethnischen Vielfalt und der Biodiversität zu verkaufen. Durch die Zunahme der 'gemeinen' Kriminalität und der Gewalt, sah es sich nun gezwungen, Massnahmen zum Schutze der TouristInnen zu ergreifen: Nach einem Überfall auf US-amerikanische TouristInnen im Nationalpark Tikal Anfang Juni dieses Jahres, wurden Militärangehörige nach Tikal abgeordnet, um die bereits 300 dort stationierten PolizistInnen zu unterstützen. Rechtlich begründet wird diese Massnahme mit dem Friedensabkommen über die Rolle

des Militärs in Friedenszeiten, wo es heisst, die Aufgabe des Militärs sei es, die innere Sicherheit zu garantieren.

Weiter übernimmt das INGUAT die Ausbildung der PolizistInnen in Sachen TouristInnenbetreuung. So werden z.B. im historischen Zentrum der Hauptstadt in Zukunft PolizistInnen stationiert sein, die nicht nur die TouristInnen schützen, sondern ihnen auch bei der Wegsuche behilflich sein sollen.

Laut Informationen des nationalen Institutes für Statistik sind es vor allem die Vier- und Fünfsterhotels, die den Rückgang des Tourismus zu spüren bekommen. In den vergangenen Jahren hätten diese Hotels eine Belegung von 60% gehabt, für dieses Jahr wird eine Senkung erwartet, informiert die Pressesprecherin von INGUAT.

Busfahren ist gefährlich und teuer

Guatemala, 27. Juni. Aus Angst vor Überfällen, beschloss die *Vereinigung städtischer Busunternehmen* (AEAU), nachts den Betrieb von rund 5000 Bussen einzustellen. Konkret heisst das, dass ab 19 Uhr nur noch 1000 Busse in der ganzen Stadt zirkulieren. Gleichzeitig bitten die Busbetreiber bei der Stadtverwaltung um die Erlaubnis, die Fahrpreise verdoppeln zu dürfen. Seit Februar würden sie keine finanzielle Unterstützung seitens der Regierung mehr erhalten und die Einnahmen durch die Fahrpreise würden ihre Kosten nicht decken, argumentieren Vertreter der (AEAU).

Als einmalig in Lateinamerika wur-

de kürzlich in Guatemala die *Vereinigung der BenutzerInnen des öffentlichen Verkehrs* (AUTUA) gegründet. Die AUTUA ist eine Selbsthilfeorganisation, die die Interessen und Rechte der busfahrenden Bevölkerung schützen will. So können BenutzerInnen des öffentlichen Transportwesens bei der AUTUA eine Versicherung abschliessen, die sie rechtlich und finanziell unterstützt, falls sie während ihrer Reise Opfer eines Unfalls oder eines Überfalls werden. Anrecht auf eine Entschädigung durch die Versicherung hat nur, wer im Falle eines solchen Vorfalles auch im Besitz eines gültigen Fahr-

scheins ist.

Als Antwort darauf erliess Präsident Portillo ein Reglement, durch das die Betreiber von Überlandbus-Unternehmen verpflichtet, eine Lebensversicherung für ihre Fahrgäste abzuschliessen. Damit soll erreicht werden, dass Chauffeure von Überlandbussen besser ausgewählt bzw. besser ausgebildet werden. Die Besitzer der Busunternehmen sprechen sich nicht grundsätzlich gegen eine solche Versicherung aus, weisen jedoch darauf hin, dass sie die für sie entstehenden Kosten den Fahrgästen belasten werden müssen, sprich, dass die Fahrpreise steigen werden.

Unsensibles Verhalten der Regierung

Guatemala, 16. Juli. Der Gesundheitszustand der 37 Familien, die Ende Juni von ehemaligen Mitgliedern der Zivilpatrouillen (PAC) aus ihren Häusern in Los Cimientos, Chajul, vertrieben wurden, ist prekär. Den im benachbarten Dorf Xeputul notdürftig untergebrachten Familien fehlt es an Nahrung und an der sanitären Grundversorgung. Viele Personen, vor allem Kinder, begannen, an durch mangelnde Hygiene bedingten Krankheiten zu leiden. Einzige medizinische Betreuung erhielten sie bisher von einer in der Nähe stationierten Brigade kubanischer ÄrztInnen, welche aber nicht über genügend Medikamente verfügen, um alle Leute zu behandeln.

VertreterInnen der Vertriebenen von Los Cimientos beklagten sich darüber, dass es einzig in der Gegend arbeitende Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Einzelpersonen sind, die sich um Nothilfe für sie bemühen. Seitens der

guatemaltekischen Regierung hätten sie weder Nothilfe bekommen, noch würde sie sich um eine Lösung des Konfliktes bemühen. Obwohl eine Anzeige vorliege, habe die Staatsanwaltschaft noch nicht mit ihren Untersuchungen begonnen, hiess es. Ausserdem fühlten sich die Leute völlig schutzlos und hätten Angst, zurückzukehren, die nächste Polizeistation befände sich 22 km vom geräumten Dorf entfernt, informierte ein Mitarbeiter einer NRO.

Seit dem 9. Juli fanden verschiedene Treffen zwischen den Konfliktparteien, den BürgermeisterIn von Chajul, Cotzal und Nebaj und Vertretern vom Landfonds (FONTIERRA), der Kommission für Landkonflikte (CONTIERRA), der UNO-Mission für Guatemala (MINUGUA) und Bischof Julio Cabrera statt. Diese Treffen führten bisher noch nicht zu einer Einigung.

Dafür kam es zu einigen peinlichen

Aussagen seitens des Leiters von CONTIERRA, dem ehemaligen URNG-Mitglied Pedro Palma Lau, alias Comandante Pancho. Nach einem solchen Treffen informierte Palma Lau die Kongressabgeordneten der Republikanischen Front Guatemalas (FRG), es habe sich bei dem Vorfall nicht um eine gewalttätige Räumung der Gemeinde Los Cimientos gehandelt, sondern die BewohnerInnen seien freiwillig gegangen. Entsprechend könnten auch keine ehemaligen Mitglieder der PAC in den Vorfall verwickelt sein und infolgedessen seien auch keine Frauen vergewaltigt worden. (Originalzitat Palma Lau: "Die Frau, die behauptet, vergewaltigt worden zu sein, ist nicht zu einer Zeuginnaussage erschienen.") Traurig für einen ehemaligen Guerillero, dass er das verständliche Schweigen einer vergewaltigten Frau dazu braucht, um seine Verteidigung der ehemaligen Zivilpatrouillen aufzubauen!

Menschenrechtsverletzungen Januar - Juli 2001

Guatemala, 20. Juli. Eine Statistik der *Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM)* zählt in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ein Total von 995 gewalttätigen Menschenrechtsverletzungen. Dazu gehören 330 Ermordungen, 132 Fälle von fahrlässiger Tötung, 14 aussergerichtliche Hinrichtungen, 265 Verletzungen durch Schusswaffen, 5 Überfälle auf soziale oder humanitäre Organisationen und 24 Todesdrohungen. Im Vergleich zum Vorjahr in der selben Periode, ist eine Zunahme von insgesamt 220 Fällen zu verzeichnen.

Die Studie kommt zum Schluss, dass eine generelle Zunahme von Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen ist, seit vor einem Jahr Innenminister Byron Barrientos sein Amt angetreten hat. Seit Antritt der Regierung Portillo ist es laut GAM auch zu vermehrten Angriffen gegenüber JournalistInnen gekommen. Versuche, durch Einschüchterungsversuche die Medienberichterstattung zu manipulieren, seien an der Tagesordnung.

Auch die Fälle von Selbstjustiz haben zugenommen. Jüngstes Beispiel ist die Ermordung und die anschließende Verbrennung von acht Männern in der Nähe von Sayaxché, Petén, am 17. Juli 2001. Die Gruppe soll ein paar Tage vorher einen Lastwagen überfallen haben. Ein 17-jähriger Jugendlicher, der am Überfall beteiligt war, wurde von den Behörden verhaftet und gab die Namen seiner Kollegen bekannt. Eine Beteiligung von ehemaligen Mitgliedern der PAC und den Hilfsbürgermeistern verschiedener, in der

Nähe liegender Dörfer an diesen Lynchmorden wird nicht ausgeschlossen. Der Polizei wird Nicht-Eingreifen vorgeworfen.

Zur Beunruhigung Anlass gibt auch die Tatsache, dass die obenerwähnten Todesdrohungen vorwiegend gegen MenschenrechtsaktivistInnen und GewerkschafterInnen gerichtet sind. Die guatemaltekische Gewerkschaftsunion (UNSIURAGUA) berichtet von sechs telefonischen Todesdrohungen und Einschüchterungsversuchen innerhalb einer Woche. Die ursprünglich allgemein gegen die Organisation gerichteten Drohungen konkretisierten sich immer mehr auf eine be-

stimmte Mitarbeiterin, die sich für die Rechte der MaquilaarbeiterInnen engagiert.

Auch die BäuerInnenorganisationen CUC und CONIC berichten über eine Zunahme der Drohungen und konkreter Attentate gegenüber ihrer Mitgliedern.

Die Menschenrechte in Guatemala waren auch während zwei Tagen das Thema des UNO-Menschenrechtskomitees in Genf. Die UNO-Kommission kommt zum Schluss, dass es nicht gelungen sei, die Menschenrechtsverletzungen zu verringern und dass die Straflosigkeit das grösste Problem beim Aufbau des guatemaltekischen Rechtsstaates sei.

Sparprogramm der Krankenversicherung

Guatemala, 13. Juli. Einer eigenartigen Logik folgt das kürzlich angekündigte Sparprogramm der guatemaltekischen Kranken- und Sozialversicherung (IGSS). Der Geschäftsführer des IGSS, José Urrutia Ipiña, erklärte, mit der Sparmassnahme zwischen 11'000 und 13'000 US-\$ einzusparen, bzw. sinnvoller einsetzen zu können. Und so soll es funktionieren:

Chronisch kranken PatientInnen, denen bisher während fünf Monaten ihre Medikamente vom IGSS bezahlt wurden, sollen diese nur noch während zwei Monaten subventioniert bekommen. Begründung: Viele Leute würden die Medikamente nicht selber consu-

mieren sondern an Personen weiterverkaufen, die keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlen.

Als weitere Massnahme will das IGSS die PatientInnenkontrolle mit einem Computersystem führen, damit die PatientInnen nicht die Bestimmungen hintergehen und an verschiedenen Orten Medikamente beziehen können.

Das Sparprogramm des IGSS wird für viele PatientInnen fatale Folgen haben. Die erhoffte Einsparung hingegen ist lächerlich verglichen mit dem Gesamtbudget der Institution von rund 400 Millionen US-\$ und der Tatsache, dass das IGSS immer wieder mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert ist.

Demonstration gegen Erhöhung der Mehrwertsteuer

Guatemala, 10. Juli. Rund dreitausend Personen folgten dem Aufruf der *Guatemaltekischen ArbeiterInnenunion* (UGT) zu einer Demonstration gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10% auf 12%, deren Annahme gleichzeitig im Kongress diskutiert wurde.

Der Gewerkschafter José Pinzón rief die Bevölkerung dazu auf, keine ungerechtfertigten Steuern zu bezahlen. Dies bedeute nicht, dass er grundsätzlich gegen die Abgabe von Steuern sei, als Gewerkschafter forderte er jedoch Transparenz und Ehrlichkeit im Steuersystem, was im Moment nicht der Fall sei.

Einmal mehr wurde an der Demonstration darauf hingewiesen, dass die Verliererin der geplanten Mehrwertsteuererhöhung die Bevölkerung sei und die Regierung wurde aufgerufen, das von allen sozialen Sektoren unterzeichnete Finanzabkommen, das eine grundsätzliche Steuerreform vorsieht, ernst zu nehmen.

An der von den Gewerkschaften organisierten Demonstration nahmen neben den GewerkschafterInnen, Stu-

dentInnen und VertreterInnen der Volksorganisationen und Oppositionsparteien auch Mitglieder der eher bürgerlich und unternehmerisch denkenden Anti-Mehrwertsteuer-Bewegung teil, die jeweils an den Freitagen zu Protesten aufruft.

Während auf der Strasse die Demonstration im Gange war, versammelten sich Vizepräsident Francisco Reyes López und Finanzminister Eduardo Weymann mit rund 80 BürgermeisterInnen aus Gemeinden des Landesinnern um ihnen die Idee der Mehrwertsteuererhöhung schmackhaft zu machen. Das Hauptargument, mit dem sie die BürgermeisterInnen blendeten, war, dass diese 25% des durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zusätzlich eingenommenen Geldes für ihre Gemeinden bekämen.

Die Debatte im Kongress wurde mit Spannung erwartet, kündeten doch fünfzehn Abgeordnete der FRG an, sie würden bei einer Annahme der Erhöhung der Mehrwertsteuer aus der Partei austreten. Sie gingen sogar soweit zu sagen, ihr Austritt sei beschlossene Sache, unabhängig vom Ausgang der Dis-

kussion über die Mehrwertsteuer, da sie ihr Vertrauen in die FRG bereits verloren hätten.

Doch noch bevor die Debatte im Kongress begann, verkündete Fraktionssekretär Efraín Ríos Montt, es käme zu keinen Rücktritten. Eine Stunde parteiinterner Diskussion reichte offenbar, um die 'Abtrünnigen' zur Vernunft zu bringen. Wie dies genau geschehen war, darüber kursieren nun die wildesten Gerüchte und es wird von einer Summe von einer Million Quetzales Schmiergeld pro Abgeordnetem gesprochen. Tatsache ist, dass, was nach einer Schwächung der Regierungspartei ausgesehen hatte, sich zu einer Machtdemonstration Ríos Montt's wandelte. Doch damit nicht genug: Nicht nur trat kein einziger FRG-Abgeordneter aus der Partei aus, es wechselte sogar der PAN-Abgeordnete Mynor Mendizábal in die FRG über!

Während im Kongress noch über mögliche Konsequenzen diskutiert, die definitive Entscheidung hinausgezögert wird, wurden die Preise für Grundnahrungsmittel vorsorglich schon einmal erhöht!

Dialogbereitschaft der Regierung?

Guatemala, 21. Juli. Während eines mehrtägigen Besuches in Guatemala, traf sich der stellvertretende Generalsekretär der UNO, Iqbal Riza, mit VertreterInnen der verschiedenen Sektoren und sprach mit ihnen über die aktuelle politische Situation und die Einhaltung der Friedensabkommen. Abschliessend empfahl er die Aufnahme eines nationalen Dialoges, ähnlich der damaligen Friedensverhandlungen und unter Beteiligung aller Sektoren, um einen gewaltsamen Ausbruch der politischen und sozialen Krise zu verhindern.

Die Regierung stieg sofort auf diesen Vorschlag ein und beauftragte Vizepräsident Francisco Reyes López mit den Vorbereitungen und Abklärungen für einen solchen nationalen Dialog. Dieser kontaktierte umgehend MINUGUA und fragte sie an, ob sie die Traktandenliste und den Terminkalender eines solchen Prozesses führen könnte. Womit Reyes López bereits ins erste Fettnäpfchen trat und sich die ersten Kritiken einholte.

Die verschiedenen Sektoren, namentlich die Unternehmensverbände, die politischen Parteien inklusive URNG, die Kirche, BäuerInnenorganisationen, Gewerkschaften und andere Volksorganisationen sind sich zwar grundsätzlich einig darüber, dass in der momentanen

Situation einzig der Dialog zu einer Lösung der Staatskrise führen kann. Unterschiedlich sind jedoch ihre Meinungen über die Rolle der Regierung in einem solchen Dialog.

Für die Menschenrechtsaktivistin Claudia Samayoa müssen zuerst solide Grundlagen geschaffen werden, bevor ein Nationaler Dialog erfolgreich sein kann. Als eine dieser Grundlagen sieht sie z.B. die Absetzung des Innenministers Byron Barrientos und die Suspendierung der laufenden Diskussion über die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Auch zweifelt sie daran, ob die Regierung die richtige Instanz ist, zu einem solchen Dialog aufzurufen. Sie wünscht sich vielmehr, dass dies eine allgemein anerkannte Instanz machen würde, die Regierung selber habe bereits mehrmals bewiesen, dass es ihr mit solchen Diskussionen nicht ernst sei (siehe Friedensabkommen, Finanz- und Regierbarkeitsabkommen).

Vitalino Similox, Direktor der Evangelischen Kirchenkonferenz (CIEDEG) befürchtet sogar, dass dieser Aufruf eine weitere Strategie der Regierung ist, mit der sie kurzfristig den Protest gegen die geplante Mehrwertsteuererhöhung bremsen und aus der sie langfristig politischen Gewinn schlagen will.

Für den Generalsekretär der URNG,

Pablo Monsanto, besitzt die Regierung nicht die moralische Legitimität, zu einem Nationalen Dialog aufzurufen. Zweifellos müsse sie an einem solchen teilnehmen, aber sicher nicht die zu diskutierenden Themen vorgeben. Monsanto ruft die Zivilgesellschaft auf, sich neben den Parteien und der Regierung unbedingt an dieser Diskussion zu beteiligen. Als möglichen Moderator eines Nationalen Dialoges sieht er den kürzlich zum Nachfolger von Próspero Penados del Barrio ernannten neuen Erzbischof von Guatemala, Rodolfo Quezada Toruño. Quezada Toruño hat sich durch seine Teilnahme in der nationalen Versöhnungskommission und später als Mediator der Friedensverhandlungen und Präsident der Versammlung der Zivilgesellschaft (ASC) eine breite Akzeptanz verschafft.

Am kritischsten gegenüber dem Vorschlag von einem Nationalen Dialog, einberufen von Reyes López, verhielten sich die Volksorganisationen. Sie verlangten von ihm eine genaue Erklärung über die Gründe und Ziele, die er mit einem solchen Dialog verfolge. Auch die Volksorganisationen verlangen von der Regierung als Zeichen ihres politischen Willens, einen Nationalen Dialog zu führen, als erstes die Suspendierung der Diskussion über die Mehrwertsteuer.

Entwurzelte Bevölkerung weitgehend ohne Ausweispapiere

Guatemala, 15. Juli. Obwohl es ein Bestreben war, das schon vor der Unterzeichnung der Friedensabkommen in Angriff genommen wurde, ist nach wie vor ein grosser Teil der durch den bewaffneten Konflikt entwurzelten Bevölkerung nicht im Besitz von persönlichen Ausweispapieren.

Im Ixcán läuft nun zwischen dem 18. Juli und dem 12. Oktober eine Kampagne zur Dokumentation dieses Bevölkerungssteils, an der verschiedene Institutionen und Organisationen beteiligt sind. Die Kampagne verläuft in fünf Etappen: Ersetzen oder Ausstellen von Geburtsurkunden, von Heiratsurkunden und von Sterbeurkunden, Ersetzen oder Ausstellen von persönlichen Dokumenten und Eintragung ins Wahlregister.

Um die Bevölkerung auf die Kampagne aufmerksam zu machen und für das Thema zu sensibilisieren, werden

zusammen mit den BürgermeisterInnen, Vertreterinnen von Frauenorganisationen und den örtlichen Menschenrechtsbüros Radiospots produziert und Plakate aufgehängt. Auch werden die BürgermeisterInnen, Zivilstandsbeamte und MitarbeiterInnen der Gemeindeverwaltungen aus 150 Gemeinden in Workshops über das Gesetz bezüglich der persönlichen Dokumentation informiert.

Um der Bevölkerung, die in entlegenen Dörfern lebt, die Einschreibung zu erleichtern, werden vierzehn mobile Einschreibezentren aufgestellt.

Die Behörden des Ixcán sind sich darin einig, dass der grösste Teil der Personen, die keine persönlichen Dokumente besitzen, Frauen sind. Dies wird einerseits auf die Ignoranz der Männer zurückgeführt, ihre Frauen oder Töchter ins Zivilstandsregister einzuschreiben. Dies habe sich jedoch

etwas verändert, seit der Landfonds die Papiere beider Eheleute verlange, um den Familien Landttitel auszustellen. Eine kürzlich veröffentlichte Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNPD) kommt zum Ergebnis, dass rund ein Fünftel aller 'Haushaltsvorstände' in Guatemala Frauen sind. Da viele von ihnen keine Papiere besitzen, sind auch ihre Möglichkeiten, für ihre Rechte in Sachen Landtitel und Hausbesitz zu kämpfen, eingeschränkt.

Ein weiteres Hindernis ist aber auch die finanzielle Situation der Familien, die es oftmals nicht erlaubt, die Kosten für Ausweispapiere für mehr als eine Person aufzubringen. Deshalb insistieren die Frauenorganisationen des Ixcán, dass den Frauen die für die Dokumente notwendigen Fotografien sowie der Transport zu den Einschreibestellen finanziert wird.

Drohungen im Fall Gerardi gehen weiter

Guatemala, 20. Juli. Wenige Tage vor der Aufnahme des Verfahrens in zweiter Instanz im Mordfall von Bischof Juan Gerardi haben sich die Todesdrohungen gegen RichterInnen und ZeugInnen verstärkt.

Der zuständige Staatsanwalt, Leopoldo Zeissig, informierte, dass die Todesdrohungen gegen ihn zugenom-

men und sich auf seine Familie ausgedehnt haben, seitdem die Verteidigung der vier Verurteilten Rekurs eingereicht hat.

Seit der Urteilssprechung haben keine ZeugInnen oder RichterInnen das Land verlassen müssen. Nun ist das erzbischöfliche Menschenrechtsbüro (ODHA) aber dabei, bei verschie-

denen Botschaften abzuklären, ob es für mindestens zwei ZeugInnen die Möglichkeit gibt, ins Exil zu gehen. Für die ODHA ist klar, dass die Drohungen aus Kreisen kommen, die mit allen Mitteln versuchen, eine Aufklärung des Mordes und eine Ausdehnung des Prozesses auf andere involvierte Militärs zu verhindern.

Einladung zum Guatemala-Jahrestreffen

Vom **12.-14. Oktober 2001** findet in **Niederkaufungen** das Guatemala-Jahrestreffen statt, zu dem wir hiermit alle Interessierten herzlich einladen.

Seit Januar 2000 ist Präsident Alfonso Portillo von der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), der Partei des ehemaligen Diktators Ríos Montt, an der Regierung. In dieser Zeit zeichnete sich die Regierung wesentlich durch interne Machtkämpfe und immer größere politische Schwäche aus: nach 13 Monaten Amtszeit kursierten heftige Putschgerüchte, die Repression verstärkte sich immer mehr und ein Klima der Unsicherheit macht sich breit. Die Partei der ehemaligen Guerilla URNG bildet nur ein schwaches politisches Gegengewicht. Es entstehen neue politische Räume und soziale Bewegungen an der Basis, die im kleinen Rahmen Veränderungen bewirken.

Auf dem Treffen wollen wir im informellen Rahmen die aktuelle politische Situation in Guatemala u.a. unter folgenden Aspekten diskutieren: Was ist aus der Reintegration der Ex-KämpferInnen geworden? In welcher politischen Szene verortet sich die ehemalige Volksbewegung heute? Wer sind unsere AnsprechpartnerInnen?

Veranstaltungsort ist das Tagungshaus der Kommune Niederkaufungen bei Kassel (eine Abholung am Bahnhof bzw. Fahrgemeinschaften können bei Bedarf koordiniert werden). Die Kosten werden incl. Übernachtung und Verpflegung bei ca. DM 110,- liegen. Bettwäsche kann gegen eine Leihgebühr von 10,- DM geliehen oder selbst mitgebracht werden.

Achtung: Aus organisatorischen Gründen muss die Anmeldung spätestens bis zum **15. September 2001** erfolgen. Anmeldung und Informationen bei:

Informationsstelle Guatemala, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel. 0228/634552, Fax 0228/631226,
E-Mail: is.guate@web.de